



**CDU**-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg



DIE GRÜNEN

An den  
Landrat des Rhein-Sieg-Kreises  
Herrn Sebastian Schuster  
Kreishaus  
53721 Siegburg

09.02.2021

nachrichtlich:  
Fraktionen/Gruppen

## **Antrag**

### **Ausgestaltung eines JobTickets für alle Berufstätigen im Rhein-Sieg-Kreis**

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Kreistagsfraktionen von CDU und GRÜNEN stellen folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen RSVG und RVK zu prüfen, ob bzw. inwieweit der Rhein-Sieg-Kreis und/oder ein Verkehrsunternehmen künftig selbst den Verkauf von JobTickets für alle diejenigen Berufstätigen aus dem Kreisgebiet, die nach den derzeitigen Bedingungen keine Möglichkeit haben ein JobTicket zu beziehen, koordinieren kann. Insbesondere ist dabei zu prüfen, mit welchen Maßnahmen gerade für die Arbeitgeber JobTicket-Angebote geschaffen werden können, für die es heute kein Angebot für JobTickets gibt. Dies sind im besonderen Maße die Unternehmen über 100 und unter 5000 Mitarbeitern, die keine Nachfrage für ein JobTicket im Solidarmodell verzeichnen können. Es soll insbesondere geprüft werden, ob bzw. inwieweit Rahmenverträge genutzt werden können, die andere Verkehrsunternehmen heute bereits nutzen.

Sofern neue Strukturen im Verbund dafür erforderlich sind, sollten diese in den Gremien des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) erörtert und beraten werden. Ferner ist mit dem VRS zu klären, inwieweit bestehende Rahmenverträge einzelner Verkehrsunternehmen auch auf die RVK bzw. die RSVG übertragen werden können.

Ziel ist ein attraktives JobTicket zu einem monatlichen Festpreis, der sich an den Preisen der bereits bestehenden JobTicket-Angebote orientiert und diese nicht überschreitet.

Ferner sollte das JobTicket für alle entsprechend beworben und vermarktet werden.

Für Gelegenheitsfahrerinnen und Gelegenheitsfahrer soll darüber hinaus das VRS-Pilotprojekt eTarif (basierend auf einem Check-In-/Be-Out-System) weiterentwickelt und schnellstmöglich in den Regelbetrieb überführt werden. An dem angestrebten Ziel eines Be-In/Be-Out-Systems wird festgehalten. Es soll geprüft werden, inwieweit ein solches Ticket-Angebot mit einem monatlichen Höchstbetrag eine Alternative zu einem JobTicket für alle Berufstätigen sein kann.

Begründung:

Der Ausbau des ÖPNV sowie des SPNV ist eine der wichtigsten Maßnahmen, um kurz- bis mittelfristig eine wirkliche Verkehrswende einzuleiten. Dafür muss die Verlässlichkeit der öffentlichen Verkehrsmittel weiter verbessert und das Angebot nachfragegerecht ausgebaut werden.

Im Kontext eines guten ÖPNV-Angebots im Einklang mit einem einfachen, verständlichen Tarifsystem sowie mit attraktiven Fahrpreisen würde sich durch das JobTicket ein wirklicher Anreiz zum Umsteigen auf Bus und Bahn für diejenigen Berufstätigen, die bislang ihr eigenes Kraftfahrzeug nutzen bzw. bisher kein JobTicket beziehen können, bieten.

Das derzeitige ÖPNV-Finanzierungsmodell muss überdies grundsätzlich überdacht und überarbeitet werden. Das Modell eines nutzerfinanzierten ÖPNV ist an seine Grenzen gestoßen. Die heutigen Ticket- bzw. Fahrkartenpreise sollten daher nicht mehr angehoben werden. In anderen Kommunen haben sich alternative Modelle der ÖPNV-Finanzierung, wie die Nutznießerfinanzierung, bewährt.

Bund, Land und Kommunen sind aufgefordert, sich über aktualisierte Finanzierungsmodelle zu verständigen, um die Defizite und Verluste im Rahmen eines adäquaten Umlagemodells zu verteilen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Torsten Bieber  
Oliver Krauß  
Christian Sieberg

Horst Becker  
Ingo Steiner  
Michael Schroerlücke

f. d. R. Christian-Alexander Heinrich